

Kommentar

Eine Frage des Prinzips

von Beena Sarwar

Wir sind derzeit Augenzeugen der erbittertsten und längsten Konfrontation zwischen Staat und Presse, die es in Pakistan je gegeben hat. Nur das Tauziehen um die Verstaatlichung des Zeitungsverlages 'Progressive Papers Limited' und die der 'The Pakistan Times' im Jahr 1958 hatte ähnliche Dimensionen. Doch damals regierte eine Militärdiktatur. Was aber heute geschieht wird von einer demokratisch gewählten Regierung inszeniert, die im Parlament über eine Rekordmehrheit verfügt. Wie nicht anders zu erwarten, setzt die Regierung im Konflikt mit der 'Jang'-Zeitungsgruppe nun die gesamte ihr zur Verfügung stehende Macht ein, um den Verlag, den Eigentümer Shakilur Rehman und die Beschäftigten in die Enge zu treiben, einzuschüchtern und zu verleumden. Der Einsatz der Geheimdienste gehört genauso zum Repertoire wie die tägliche Hetzpropaganda im staatlichen Fernsehen. Kaum jemand hatte jedoch damit gerechnet, daß die 'Jang'-Publikationen öffentlich darüber berichten würden, welchem Druck seitens der Regierung sie sich derzeit ausgesetzt sehen. Dies zog unerwartete Kreise: Journalisten und Presseverbände solidarisierten sich, weil es hier aus ihrer Sicht um die Pressefreiheit geht. Auch die Oppositionsparteien sind längst auf den Plan getreten und geben in dem Konflikt Rückendeckung.

Die Öffentlichkeit fragt sich derweil aber immer noch, ob es bei dieser Auseinandersetzung wirklich um Pressefreiheit geht oder doch nur um eine banale Steueraffäre. Denn warum schlägt ein vor allem für seine pragmatische und geschäftsorientierte Einstellung bekanntes Medienunternehmen plötzlich einen so extremen Konfrontationskurs ein? Was verleiht einem Mann wie Shakilur Rehman auf einmal die Kraft, zum Kämpfer zu mutieren?

Eine mögliche Antwort auf die letzte Frage präsentierte die Menschenrechtlerin Asma Jehangir kürzlich bei einer gut besuchten Veranstaltung im Presseclub Lahore: Ihrer Ansicht nach wurde der Kurswechsel Shakilur Rehman vor allem durch den langen und hartnäckigen Kampf von Journalisten, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen für die Pressefreiheit inspiriert und vorbereitet.

Die Antwort hat jedoch auch mit der Tatsache zu tun, daß es bei diesem Konflikt um das nackte Überleben der 'Jang'-Gruppe geht. Denn wenn die 'Jang'-Publikationen aufgrund der gekürzten Papierzuteilungen weiter im Umfang schrumpfen, werden sie bald Leser verlieren. Die Erlöse aus dem Verkauf machen zwar bei kommerziellen Zeitungen, die ihr Geld vor allem mit dem Veröffentlichen von Anzeigen verdienen, nur einen relativ kleinen Teil des Umsatzes aus. Dafür sind rückläufige Werbeeinnahmen umso schmerzlicher.

Die Konkurrenz wird das entstehende Vakuum mit Freuden ausfüllen, und zwar nicht nur bereits etablierte Zeitungen, sondern auch neue Printmedien. Be-

denklich ist in diesem Zusammenhang auch, daß erst kürzlich eine Tageszeitung von einem prominenten Parteigänger der regierenden 'Pakistan Muslim League' (PML) aufgekauft wurde (*Anmerkung d. Ü.: Regierungsinstitutionen und staatliche Unternehmen dominieren in Pakistan als mit Abstand wichtigste Anzeigenkunden der Medien den Werbemarkt. Viele Zeitungen sind existentiell auf staatliche Aufträge angewiesen*).

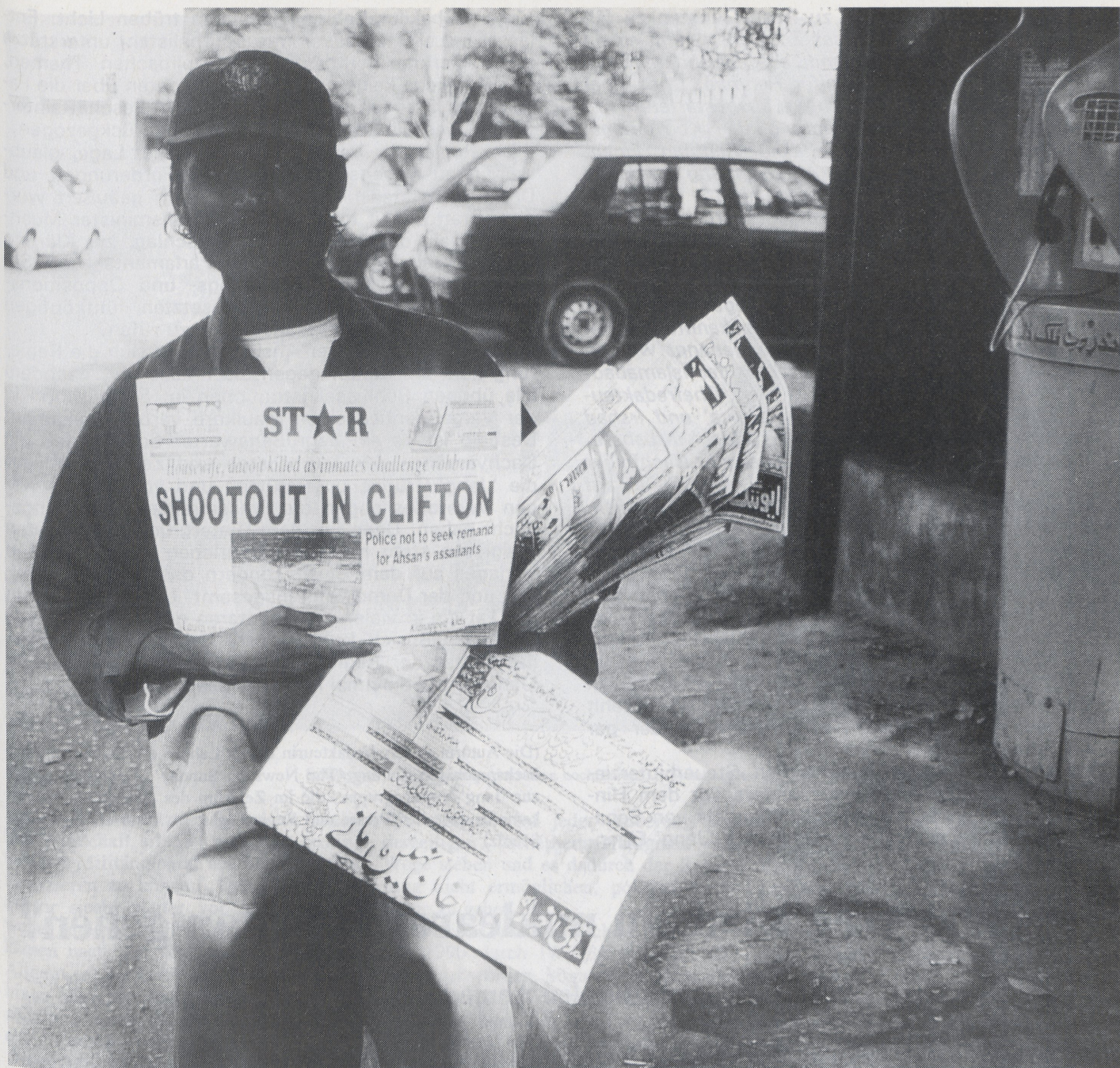
Wie aber ist es zu diesem Konflikt gekommen? Erste Spannungen zwischen Regierung und 'Jang'-Gruppe bauten sich bereits im Juli und August vergangenen Jahres auf, als Premierminister Nawaz Sharif erstmals die umstrittene und von den Medien heftig kritisierte Verfassungsänderung zur Einführung des 'Shariat'-Gesetzes ankündigte. Dies fiel mit dem geplanten Start von 'Geo', einem von der 'Jang'-Gruppe unterstützten südasiatischen Satelliten-Fernsehsender, zusammen. Imran Aslam, Chefredakteur der Tageszeitung 'The News' und Koordinator des 'Geo'-Projektes, ist fest davon überzeugt, daß die Regierung die 'Jang'-Gruppe seitdem als ernste Bedrohung betrachtet, die mit ihrem Einstieg in den elektronischen Medienmarkt das staatliche Informationsmonopol kurz über lang gefährden könnte.

Tatsächlich stellt die totale Kontrolle der elektronischen Medien durch die Regierung für die Meinungs- und Informationsfreiheit ein Haupthindernis dar. Und die 'Jang'-Gruppe ist auf diesem Gebiet in der Tat ein ernst zu nehmender Gegner. Denn für ein Land, in dem nur rund 30 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben können, verfügt der Verlag - nach Schätzungen produziert er etwa 55 Prozent aller Druckerzeugnisse in Pakistan - bei den Printmedien über eine Monopolstellung.

Die Behauptung von Informationsminister Mushahid Hussain, daß die 'Jang'-Presse gegen die Regierung nur deshalb einen Feldzug führe, weil die Regierung dem Medienkonzern den Einstieg in die elektronischen Medien verwehrt habe, entbehrt jeder Grundlage. "Wir brauchen keine Erlaubnis der Regierung, da 'Geo' von einer Gesellschaft mit Sitz im Ausland betrieben wird", argumentiert Imran Aslam.

Was 'Geo' aber zum Betrieb braucht, sind immense Geldsummen. Und durch den Schlag gegen das Brot- und Butter-Geschäft der 'Jang'-Gruppe hat die Regierung erreicht, daß der Verlag alle Hände voll damit zu tun hat, genügend Zeitungspapier aufzutreiben und die eingefrorenen Bankkonten frei zu bekommen. An ein weiteres Vorantreiben des 'Geo'-Projektes ist da vorläufig kaum zu denken. Das Ausmaß der Krise im Zeitungssektor läßt sich daran ablesen, daß der 'Jang'-Gruppe bereits das Erscheinen mehrerer Wochenpublikationen einstellen mußte. Auch die beiden Tageszeitungen 'The News' und der urdu-sprachige 'Jang' bestehen nur noch aus dem Mantel.

Um die Zusammenhänge verstehen zu können, ist es an dieser Stelle wichtig, näher auf das Thema "Zeitungspapier" einzugehen. Denn in Pakistan herrscht ein chronischer Mangel an Zeitungspapier, das überwiegend aus dem Ausland importiert wird. Die Produzenten im Land selbst können den Bedarf bei weitem nicht decken. Und obwohl wir längst im Zeitalter der freien Märkte leben, kontrolliert in Pakistan weiterhin die Regierung sämtliche Importe. Tageszeitungen und Zeitschriften müssen für importiertes Zeitungspapier an den Fiskus fünf Prozent Zoll auf



Noch nie stand die Presse in Pakistan so unter Druck wie derzeit (Foto: Walter Keller)

den Einfuhrpreis zahlen (zum Vergleich: Für kommerzielle Importeure gilt ein Zollaufschlag in Höhe von zehn Prozent). Außerdem dürfen Verlage nur zuvor festgelegte Papierkontingente importieren, die nach Bedarf und Auflagenstärke ihrer Publikationen errechnet werden. Zuständig ist hierfür eine Regierungsbehörde namens 'Audit Bureau of Circulation' (ABC). Aus der Logik dieses Systems heraus geben deshalb viele Zeitungen traditionell eine im Vergleich zur Wirklichkeit viel zu hohe Auflage an, um mehr Papier importieren zu dürfen, als sie brauchen. Der Überschuss wird dann mit Profit auf dem Schwarzmarkt verkauft; ein Nebengeschäft, in dem viele Verlagshäuser - mit langjähriger, stillschweigender Duldung der Behörden - aktiv sind.

Vor diesem Hintergrund führten dann im Dezember letzten Jahres Beamte des Geheimdienstes 'Federal Investigation Agency' (FIA) völlig überraschend in Karachi auf dem größten Papiermarkt der Stadt eine

großangelegte Razzia durch, um der 'Jang'-Gruppe - vergeblich - illegale Verkäufe aus ihrem Papierkontingent nachzuweisen. "Alle verkaufen Zeitungspapier, aber es ist tatsächlich so, daß ausgerechnet die 'Jang'-Gruppe zumindest in den letzten Jahren nichts damit zu tun hatte", gab ein hoher Beamter nach der Aktion zu.

Was den Vorwurf der Steuerhinterziehung betrifft, so vertreten Journalistenverbände die Ansicht, daß diese Fälle von den zuständigen Steuerbehörden behandelt werden sollten. Aber die Regierung ließ sich in ihren dauernden Vorwürfen gegen die 'Jang'-Gruppe noch nicht einmal dann beirren, als ein Gericht in einem entsprechenden Prozeß den Verlag vom Vorwurf der Steuerhinterziehung freisprach. Ganz im Gegenteil fiel in Reaktion auf dieses Urteil jene berühmte Bemerkung auf dem Tonband, wo es an einer Stelle heißt: "Wenn ich ihm meine Weisungen gegeben hätte, hätte noch nicht einmal der Vater des

Richters gewagt, ein Urteil zu ihren Gunsten zu fällen" (Anmerkung d. Ü.: Dieses Zitat entstammt einem heimlich auf einem Tonband aufgezeichneten Gespräch zwischen Senator Saifur Rehman, Chef einer mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Regierungsbehörde zur Bekämpfung der Korruptions- und Steuerkriminalität, und Shakilur Rehman, Eigentümer der 'Jang'-Gruppe. Die Aufzeichnung wurde bei Protestveranstaltungen der Journalisten- und Medienverbände mehrfach öffentlich vorgespielt. Die meisten Zeitungen druckten den Inhalt des brisanten Dialogs außerdem als Dokumentation ab. Denn wie das Band belegt, verlangt der Senator im weiteren Verlauf des Gesprächs mit dem Verleger, daß dieser eine ganze Reihe seiner besten und bekanntesten Redakteure entlassen soll. Namentlich genannt werden u. a. Maleeha Lodhi, Chefredakteurin der Islamabad-Ausgabe von 'The News', Kamila Hyat, Chefredakteurin der Lahore-Ausgabe von 'The News' und Irshad Ahmed Haqqani, Chefredakteur des 'Jang' in Lahore. Auch eine Wunschliste mit den Namen der Nachfolger präsentiert der Politiker. "Danach", so heißt es auf dem Band aus dem Munde des Senators wörtlich, "können wir Ihre Probleme mit dem Zeitungspapier, mit den eingefrorenen Konten und den Steuerangelegenheiten sofort lösen").

Der oppositionelle Senator Aitzaz Ahsan stellte daraufhin öffentlich die Frage: "Warum werden Steuerfälle ausschließlich selektiv verfolgt? Warum unternimmt niemand etwas gegen den Premierminister, der im vergangenen Jahr nicht mehr als 477 Rupien (Anmerkung d. Ü.: etwa 14,50 DM) Steuern gezahlt hat? Oder gegen Senator Saifur Rehman, der gar keine Steuern zahlte?"

Die Vorwürfe wegen angeblichen Steuerhinterziehungen erscheinen auch insbesondere vor dem Hintergrund des vorgeschlagenen Kuhhandels von Senator Saifur Rehman an die Adresse des 'Jang'-Eigen-

tümers Shakilur Rehman in einem trüben Licht: Entlasse und ersetze bestimmte Journalisten, unterstütze die Regierung bei bestimmten politischen Themen, veröffentliche keine negative Geschichten über die Familie des Premierministers und deren Geschäftsinteressen - und die Steuerklagen werden zurückgezogen.

Die Regierung war bisher nicht in der Lage, glaubwürdig zu widerlegen, daß diese Forderungen und Drohungen tatsächlich in dieser Form geäußert wurden. Stattdessen machte Informationsminister Mushaid Hussain den halbherzigen Vorschlag, zur Klärung des Falls einen mit führenden Parlaments- und Senatsabgeordneten der Regierungs- und Oppositionsparteien sowie Journalisten besetzten fünfköpfigen Untersuchungsausschuß ins Leben zu rufen.

Nach weitverbreiteter Ansicht nimmt sich die Regierung nun den Kampf gegen die Presse vor, nachdem alle übrigen Schlüsselinstitutionen im Staat schon in der Vergangenheit einen Maulkorb verpaßt bekamen. Deshalb ist es ein begrüßenswerter Schritt, daß die Dachverbände der Journalisten und Zeitungsverleger die 'Jang'-Gruppe unterstützen und vor Gericht wegen Verstoßes gegen die Pressefreiheit Klage eingereicht haben. Denn vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse steht nicht das Überleben eines einzelnen Verlages auf dem Spiel, sondern das der Pressefreiheit und der Demokratie insgesamt. Und zwar, weil in der Tat die in vielen Kommentaren geäußerte Analyse zutrifft, daß sich keine andere Zeitung lange gegen das Diktat der Regierung stemmen kann, wenn die 'Jang'-Gruppe einmal kapituliert hat.

(Die Autorin ist Chefredakteurin der in Lahore erscheinenden englischsprachigen Zeitung 'The News on Sunday'. Das Blatt gehört zur 'Jang'-Verlagsgruppe, die im Zentrum des derzeitigen Machtkampfes zwischen Presse und Regierung steht. Übersetzung: Jorge Scholz)

Welchen Weg wird ein nukleares Pakistan gehen?

von Khaled Ahmed

Die Regierung Nawaz Sharif hat die Armee aufgefordert, durch Sonder-Militärgerichte in Karachi zu helfen, die Sicherheit wiederherzustellen, und sie hat ihr de facto die Führung der 'Water and Power Development Authority' (WAPDA), der staatlichen Behörde für Wasser- und Elektrizitätsversorgung übertragen. Die Militärgerichte, denen kein Berufungsrecht in der zivilen Rechtsprechung zukommt, wollen jene Terroristen schuldig sprechen, die sich die eingeschüchterten Richter nicht zu verurteilen wagten. WAPDA, der durch Unterschlagung von Strom und Wasser vierzig Prozent ihrer Einnahmen verloren gehen, soll von Armee-Offizieren verwaltet werden, die die Abdichtung dieser Korruptionslecks erzwingen und das Ablesen von Wasser- und Stromzählern durch den Einsatz tausender Soldaten verbessern sollen. Weitere Anfragen richten sich darauf, auch die verlust-

schreibende Karachi-Stahlhütte unter die Verwaltung des Militärs zu stellen, ehe deren Privatisierung erfolgen kann. Die zentrale Steuerbehörde hat es nicht geschafft, die Steuererhebung zu verbessern, was die Regierung dazu zwang, dreißig Prozent mehr Gelder zu leihen, als dies im Staatshaushalt vorgesehen war. Die Regierung wird dadurch in die Situation versetzt, entweder auf Rücklagen zugreifen zu müssen oder durch die Neuausgabe von Banknoten die Geldmenge zu erweitern, um bezüglich der Zinsaufkommen nicht in Verzug zu geraten. Einige Stimmen empfehlen gar, auch die zentrale Steuerbehörde den Militärs zu unterstellen.

Nach dem Zusammenbruch privater Institutionen erscheint die Zuflucht bei der Armee zu belegen, daß diese die einzige noch intakte Institution im Land ist. Bewaffnet mit einem nuklearen Abschreckungspotential gegen externe Ag-

gressoren scheint die Armee bereit und in der Lage zu sein, am nationalen Neuaufbau zu partizipieren. Wird dieses Involviertsein einen Sinneswandel hinsichtlich der Sicherheitspolitik mit sich bringen, die zu der wirtschaftlichen Schiefelage des Staates beigetragen hat? Gehen wir die verschiedenen Szenarien durch, vor denen Pakistan heute steht:

Szenario I: Radikalisierung und Fragmentierung der Armee

Wirtschaftsexperten sind sich darüber einig, daß die aktuelle Finanzkrise nicht behoben werden kann, solange Pakistan nicht radikal die Leitlinien seiner Außenpolitik ändert. Die Verteidigungsausgaben des Landes sind mit sechs Prozent des Brutto sozialprodukts selbst angesichts der Nuklearisierung seiner Bewaffnung und den erfolgten Kürzungen des Verteidigungshaushalts in absoluten